Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 30.01.2020

Zu TOP: 9.21

Solidarität mit Tutmonde e.V., DaMigra e.V. und Lola für Demokratie in Mecklenburg-

Vorpommern e.V.

Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI, Fraktion

DIE LINKE

Vorlage: DAn 0002/2020

Frau Bartel erläutert den vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Angriffe mit mutmaßlich rechtsradikalem Hintergrund sind keine Seltenheit mehr. Für die Stärkung des Rechtsradikalismus macht Frau Bartel u.a. das Erstarken der AfD verantwortlich. Sie fordert die Anwesenden auf, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Kühnel macht darauf aufmerksam, dass es sich um einen Einzelfall handelt und die von Frau Bartel geschilderten Geschehnisse nicht vergleichbar sind. Er macht deutlich, dass auch die AfD demokratisch gewählt wurde.

Herr Dr. Zabel nimmt für die Fraktion CDU/FDP Stellung. Demnach dürfen Gewalttaten nicht geduldet werden und müssen von den zuständigen staatlichen Behörden konsequent verfolgt, aufgeklärt und im Rahmen der geltenden Gesetze sanktioniert werden. Gleichwohl verdeutlicht er, dass zunehmend Mutmaßungen dazu beitragen, die Zivilgesellschaft zu spalten und davon abbringen, Themen gemeinsam anzugehen. Die Fraktion CDU/FDP wird den Antrag unterstützen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Paul lässt über den Dringlichkeitsantrag DAn 0002/2020 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund erklärt ihre volle Anteilnahme und Unterstützungsbereitschaft gegenüber den betroffenen Vereinen und Mitarbeiter*innen. Als weltoffene und demokratische Stadt stellt sich Stralsund entschieden gegen solche Einschüchterungsversuche. Gemeinnützige Vereine dürfen an ihrer Arbeit nicht gehindert werden, sondern werden durch die Bürgerschaft umfassend in ihrer Arbeit unterstützt.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2020-VII-01-0213

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 13.02.2020